

TE Lvwg Erkenntnis 2016/12/1 405-7/87/1/6-2016, 405-7/87/1/6-2016

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 01.12.2016

Entscheidungsdatum

01.12.2016

Index

AVRAG 1993 §7b Abs3

AVRAG 1993 §7b Abs8

AVRAG 1993 §7d Abs1

Norm

VStG §27 Abs1

1. VStG § 27 heute
2. VStG § 27 gültig ab 01.01.2019 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 57/2018
3. VStG § 27 gültig von 01.03.2013 bis 31.12.2018 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 33/2013
4. VStG § 27 gültig von 01.02.1991 bis 28.02.2013

Text

IM NAMEN DER REPUBLIK

Das Landesverwaltungsgericht Salzburg hat durch den Richter Mag. Peter Nußbaumer über die Beschwerden der Finanzpolizei Team 51 für das Finanzamt Salzburg-Stadt gegen die Bescheide des Bürgermeisters der Landeshauptstadt Salzburg vom 27.4.2016, Zahlen 01/06/35953/2016/004 und 01/06/35956/2016/004 (Beschuldigter: AB AA, AE, AD, Deutschland), Das Landesverwaltungsgericht Salzburg hat durch den Richter Mag. Peter Nußbaumer über die Beschwerden der Finanzpolizei Team 51 für das Finanzamt Salzburg-Stadt gegen die Bescheide des Bürgermeisters der Landeshauptstadt Salzburg vom 27.4.2016, Zahlen 01/06/35953/2016/004 und 01/06/35956/2016/004 (Beschuldigter: Ausschussbericht AA, AE, AD, Deutschland),

zu Recht e r k a n n t :

I.römisch eins.

Gemäß § 50 Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz (VwGVG) wird den Beschwerden keine Folge gegeben und werden die Bescheide wegen Unzuständigkeit der belangten Behörde aufgehoben.

Gemäß Paragraph 50, Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz (VwGVG) wird den Beschwerden keine Folge gegeben und werden die Bescheide wegen Unzuständigkeit der belangten Behörde aufgehoben.,

II.römisch zwei.

Gegen dieses Erkenntnis ist gemäß § 25a Verwaltungsgerichtshofgesetz (VwGG) die ordentliche Revision an den Verwaltungsgerichtshof nach Art 133 Abs 4 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) nicht zulässig. Gegen dieses Erkenntnis ist

gemäß Paragraph 25 a, Verwaltungsgerichtshofgesetz (VwGG) die ordentliche Revision an den Verwaltungsgerichtshof nach Artikel 133, Absatz 4, Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) nicht zulässig.

Entscheidungsgründe

Mit Bescheid des Bürgermeisters der Landeshauptstadt Salzburg vom 27.4.2016, Zahl 01/06/35956/2016/005 wurde die Einstellung eines Verwaltungsstrafverfahrens gegen Herrn AB AA (Beschuldigter) verfügt wie folgt: Mit Bescheid des Bürgermeisters der Landeshauptstadt Salzburg vom 27.4.2016, Zahl 01/06/35956/2016/005 wurde die Einstellung eines Verwaltungsstrafverfahrens gegen Herrn Ausschussbericht AA (Beschuldigter) verfügt wie folgt:

"Herr AB AA, geb. AC, hätte als Inhaber des Gewerbebetriebes "AB AA" (Gewerbeberechtigung: für Parkettleger, Fliesen-, Platten- und Mosaikleger) mit Betriebssitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraumes als Österreich, nämlich in (D) AD, AE, zu verantworten, dass der Arbeitgeber, wie Organe des Finanzamtes Salzburg-Stadt, Finanzpolizei, am 24.02.2016 um 09:35 Uhr bei einer Kontrolle an der Saalbrücke, Münchner Bundesstraße in 5020 Salzburg festgestellt haben, während der Entsendung (Herr AT AU war an diesem Tag gemeinsam mit seinem Chef Herrn AB AA auf dem Weg zu der Baustelle AZ in AY um sich vor Ort die Baustelle anzuschauen; Planmäßig sollte mit den Arbeiten am 25.02.2016 begonnen werden) keinen Arbeitsvertrag oder Dienstzettel, Lohnzettel, Lohnzahlungsnachweise oder Banküberweisungsbelege, Lohnaufzeichnungen, Arbeitszeitaufzeichnungen und Unterlagen betreffend die Lohneinstufung die zur Überprüfung des dem/der Arbeitnehmer/in für die Dauer der Beschäftigung nach den österreichischen Rechtsvorschriften gebührenden Entgelts in deutscher Sprache am Arbeits(Einsatz)ort bereitgehalten hat, obwohl der Arbeitnehmer "Herr Ausschussbericht AA, geb. AC, hätte als Inhaber des Gewerbebetriebes "AB AA" (Gewerbeberechtigung: für Parkettleger, Fliesen-, Platten- und Mosaikleger) mit Betriebssitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraumes als Österreich, nämlich in (D) AD, AE, zu verantworten, dass der Arbeitgeber, wie Organe des Finanzamtes Salzburg-Stadt, Finanzpolizei, am 24.02.2016 um 09:35 Uhr bei einer Kontrolle an der Saalbrücke, Münchner Bundesstraße in 5020 Salzburg festgestellt haben, während der Entsendung (Herr AT AU war an diesem Tag gemeinsam mit seinem Chef Herrn Ausschussbericht AA auf dem Weg zu der Baustelle AZ in AY um sich vor Ort die Baustelle anzuschauen; Planmäßig sollte mit den Arbeiten am 25.02.2016 begonnen werden) keinen Arbeitsvertrag oder Dienstzettel, Lohnzettel, Lohnzahlungsnachweise oder Banküberweisungsbelege, Lohnaufzeichnungen, Arbeitszeitaufzeichnungen und Unterlagen betreffend die Lohneinstufung die zur Überprüfung des dem/der Arbeitnehmer/in für die Dauer der Beschäftigung nach den österreichischen Rechtsvorschriften gebührenden Entgelts in deutscher Sprache am Arbeits(Einsatz)ort bereitgehalten hat, obwohl der Arbeitnehmer

- AU AT, geb. AV

zumindest am 24.02.2016 an die AZ 6 und 6a in AY entstandt

wurde.

Der Beschuldigte hätte dadurch folgende Rechtsvorschrift verletzt:

§ 7 d Abs. 1 i.V.m. § 7 i Abs. 4 Z. 1 Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz - AVRAG Paragraph 7, d Absatz eins, in Verbindung mit Paragraph 7, i Absatz 4, Ziffer eins, Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz - AVRAG,

BGBI. Nr. 459/1993 i.d.g.F. Bundesgesetzblatt Nr. 459 aus 1993, i.d.g.F.

Das ggst. Verwaltungsstrafverfahren wird gem. § 45 Abs. 1 Z. 1 Verwaltungsstrafgesetz 1991 eingestellt. Das ggst. Verwaltungsstrafverfahren wird gem. Paragraph 45, Absatz eins, Ziffer eins, Verwaltungsstrafgesetz 1991 eingestellt."

Begründend wurde angeführt, dass der Beschuldigte zur Zeit der Kontrolle gemeinsam mit einem Arbeiter am Weg auf eine Baustelle in AY gewesen sei und es sich im gegenständlichen Fall um keine grenzüberschreitende Güterbeförderung gehandelt habe, weshalb als Tatort nicht der Ort der Kontrolle sondern der Arbeits(Einsatz)ort anzusehen sei. Die Pflicht zur Bereithaltung von Lohnunterlagen bestünde lediglich am Arbeits(Einsatz)ort und gelte als Ort der Übertretung der inländische Arbeits(Einsatz)ort.

Dagegen hat die Finanzpolizei fristgerecht Beschwerde erhoben wie folgt:

"Das Finanzamt Salzburg-Stadt erhebt gegen den Bescheid des Magistrates Salzburg zu GZ 01/06/35956/2016/005 vom 27.04.2016, welcher hieramts am 29.04.2016 eingelangt ist, sohin innerhalb offener Frist, das Rechtsmittel der Beschwerde.

Begründung:

Als Beschwerdegrund wird unrichtige rechtliche Beurteilung namhaft gemacht.

Das AG für das Finanzamt Salzburg Stadt begründet die Beschwerde wie folgt:

- Der Arbeitgeber Herr AB AA war gemeinsam mit seinem Arbeitnehmer Herrn AU AT im Firmenauto vom Firmensitz in AD unterwegs zur Baustelle in AY um sich dort jene Baustelle "anzuschauen", auf der in der Folge - vorgesehen war ab dem nächsten Tag - fünf Bäder zu fliesen waren. - Der Arbeitgeber Herr Ausschussbericht AA war gemeinsam mit seinem Arbeitnehmer Herrn AU AT im Firmenauto vom Firmensitz in AD unterwegs zur Baustelle in AY um sich dort jene Baustelle "anzuschauen", auf der in der Folge - vorgesehen war ab dem nächsten Tag - fünf Bäder zu fliesen waren.

- Die Kontrolle erfasste Herrn AA und seinen Mitarbeiter auf dem als Arbeitszeit zu bezahlenden Weg zwischen Firmensitz und späterem/weiterem Arbeits(Einsatz)ort AY. Somit handelt es sich nach Ansicht der FinPol beim dabei benutzten Firmenfahrzeug zum Zeitpunkt der Kontrolle um den Arbeitsort. Das Gesetz spricht im § 7 b bzw. 7 d AVRAG davon, die " ... Unterlagen ... " am Arbeits(Einsatz)ort im Inland bereitzuhalten ... "- Die Kontrolle erfasste Herrn AA und seinen Mitarbeiter auf dem als Arbeitszeit zu bezahlenden Weg zwischen Firmensitz und späterem/weiterem Arbeits(Einsatz)ort AY. Somit handelt es sich nach Ansicht der FinPol beim dabei benutzten Firmenfahrzeug zum Zeitpunkt der Kontrolle um den Arbeitsort. Das Gesetz spricht im Paragraph 7, b bzw. 7 d AVRAG davon, die " ... Unterlagen ... " am Arbeits(Einsatz)ort im Inland bereitzuhalten ... "

Demnach wären die im AVRAG angeführten Unterlagen im Firmenfahrzeug mitzuführen bzw. in elektronischer form zugänglich zu machen gewesen. Andernfalls würden diese Unterlagen auch nicht am Einsatzort aufliegen können, da der Kontrolltag offensichtlich der erste Arbeitstag im Zusammenhang mit der Baustelle in AY war.

- Im gegenständlichen Bescheid wird über § 7 d Abs. 1 i.V.m. § 7 i Abs. 4 Z. 1 AVRAG - Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz - abgesprochen. - Im gegenständlichen Bescheid wird über Paragraph 7, d Absatz eins, in Verbindung mit Paragraph 7, i Absatz 4, Ziffer eins, AVRAG - Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz - abgesprochen.

Dabei handelt es sich um die Verpflichtung des Arbeitgebers

" während des Zeitraumes der Entsendung insgesamt den Arbeitsvertrag oder Dienstzettel, ... Lohnzettel, Lohnzahlungsnachweise oder Banküberweisungsbelege, Lohnaufzeichnungen, Arbeitszeitaufzeichnungen und Unterlagen betreffend die Lohneinstufung zur Überprüfung des dem/der entsandten Arbeitnehmers/in für die Dauer der Beschäftigung am Arbeits(Einsatz)ort bereitzuhalten, ... "

In den Strafbestimmungen des § 7 i Abs. 4 Zi. 1 wird dargestelltIn den Strafbestimmungen des Paragraph 7, i Absatz 4, Zi. 1 wird dargestellt

"Wer als Arbeitgeber entgegen § 7 d die Lohnunterlagen nicht bereithält, ... begeht eine Verwaltungsübertretung ... " "Wer als Arbeitgeber entgegen Paragraph 7, d die Lohnunterlagen nicht bereithält, ... begeht eine Verwaltungsübertretung ... "

Dazu ist auszuführen, dass der Arbeitgeber Herr AA in der mit ihm aufgenommenen Niederschrift selbst aussagt, dass sein Mitarbeiter KEINE Lohnunterlagen dabei hat, somit nicht bereitgehalten wurden.

Zusammenfassend wird zum gegenständlichen Verfahren nach AVRAG im Hinblick auf die Verpflichtung zum Bereithalten der Lohnunterlagen festgestellt, dass es sich nach Ansicht der FinPol zweifelsfrei um eine Entsendung nach Österreich gehandelt hat, zum Zeitpunkt der Kontrolle das Firmenfahrzeug den Arbeitsort des kontrollierten Mitarbeiters darstellte, jedoch keine den Bestimmungen des AVRAG entsprechenden Lohnunterlagen bereitgehalten wurden, ein Umstand der in der Niederschrift mit dem Arbeitgeber bestätigt wurde.

Damit liegt ein Verstoß gegen die Bestimmungen des § 7 d Abs. 1 AVRAG vor und ist entsprechend § 7 i Abs. 4 Z. 1 AVRAG zu ahnden. Damit liegt ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Paragraph 7, d Absatz eins, AVRAG vor und ist entsprechend Paragraph 7, i Absatz 4, Ziffer eins, AVRAG zu ahnden.

Antrag:

Es wird beantragt den o.a. Bescheid des Magistrates der Stadt Salzburg I Strafamts vom 27.04.2016 aufzuheben und eine Strafe entsprechend Strafantrag vom 22.03.2016 festzusetzen."Es wird beantragt den o.a. Bescheid des

Magistrates der Stadt Salzburg römisch eins Strafamt vom 27.04.2016 aufzuheben und eine Strafe entsprechend Strafantrag vom 22.03.2016 festzusetzen."

Mit Bescheid des Bürgermeisters der Landeshauptstadt Salzburg vom 27.4.2016, Zahl01/06/35953/2016/004 wurde gegen den Beschuldigten eine weitere Einstellung verfügt wie folgt:

" Herr AB AA, geb. AC, hätte als Inhaber des Gewerbebetriebes "AB AA" (Gewerbeberechtigung: für Parkettleger, Fliesen-, Platten- und Mosaikleger) mit Betriebssitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraumes als Österreich, nämlich in (D) AD, AE, zu verantworten, dass, wie Organe des Finanzamtes Salzburg-Stadt, Finanzpolizei, am 24.02.2016 um 09:35 Uhr bei einer Kontrolle an der Saalbrücke an der Münchner Bundesstraße in 5020 Salzburg, festgestellt haben, der Arbeitnehmer" Herr Ausschussbericht AA, geb. AC, hätte als Inhaber des Gewerbebetriebes "AB AA" (Gewerbeberechtigung: für Parkettleger, Fliesen-, Platten- und Mosaikleger) mit Betriebssitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraumes als Österreich, nämlich in (D) AD, AE, zu verantworten, dass, wie Organe des Finanzamtes Salzburg-Stadt, Finanzpolizei, am 24.02.2016 um 09:35 Uhr bei einer Kontrolle an der Saalbrücke an der Münchner Bundesstraße in 5020 Salzburg, festgestellt haben, der Arbeitnehmer

- AU AT, geb. AV

zumindest am 24.02.2016 zur Erbringung einer Arbeitsleistung auf den Standort AZ 6 und 6a in AY entsendet wurde (Herr AT AU war an diesem Tag gemeinsam mit seinem Chef Herrn AB AA auf dem Weg zu der Baustelle AZ in AY um sich vor Ort die Baustelle anzuschauen; Planmäßig sollte mit den Arbeiten am 25.02.2016 begonnen werden), obwohl keine rechtzeitige Meldung (spätestens eine Woche vor der jeweiligen Arbeitsaufnahme) an die Zentrale Koordinationsstelle für die Kontrolle der illegalen Beschäftigung nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz und dem Arbeitsvertragsrechts- Anpassungsgesetz des Bundesministeriums für Finanzen erstattet wurde. zumindest am 24.02.2016 zur Erbringung einer Arbeitsleistung auf den Standort AZ 6 und 6a in AY entsendet wurde (Herr AT AU war an diesem Tag gemeinsam mit seinem Chef Herrn Ausschussbericht AA auf dem Weg zu der Baustelle AZ in AY um sich vor Ort die Baustelle anzuschauen; Planmäßig sollte mit den Arbeiten am 25.02.2016 begonnen werden), obwohl keine rechtzeitige Meldung (spätestens eine Woche vor der jeweiligen Arbeitsaufnahme) an die Zentrale Koordinationsstelle für die Kontrolle der illegalen Beschäftigung nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz und dem Arbeitsvertragsrechts- Anpassungsgesetz des Bundesministeriums für Finanzen erstattet wurde.

Der Beschuldigte hätte dadurch folgende Rechtsvorschrift verletzt:

§ 7 b Abs. 3 i.V.m. Abs. 8 Z. 1 Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz - AVRAG, BGBl. Nr. 459/1993 i.d.g.F. Paragraph 7, b Absatz 3, in Verbindung mit Absatz 8, Ziffer eins, Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz - AVRAG, Bundesgesetzblatt Nr. 459 aus 1993, i.d.g.F.

Das ggst. Verwaltungsstrafverfahren wird gemäß § 45 Abs. 1 Z. 1 Verwaltungsstrafgesetz 1991 eingestellt. "Das ggst. Verwaltungsstrafverfahren wird gemäß Paragraph 45, Absatz eins, Ziffer eins, Verwaltungsstrafgesetz 1991 eingestellt. "

Diese Einstellung wurde inhaltsgleich begründet wie jene zum Bescheid Zahl01/06/35956/2016/005.

Die Finanzpolizei hat dagegen ebenso inhaltsgleich rechtzeitig Beschwerde eingebracht.

In der Sache wurde am 10.10.2016 eine öffentliche mündliche Verhandlung durchgeführt. In dieser wurde der Beschuldigte als Partei gehört. Die Finanzpolizei hat einen Vertreter entsandt.

Der Beschuldigte gab in der Verhandlung zur Sache an, dass er am 19.02.2016 den Auftrag zum Verfliesen von fünf Bädern in einer Siedlung der AW in AY erhalten habe. Er sei dort als Subunternehmer der Firma AX beauftragt worden. Am 24.02.2016 hätte er sich lediglich mit seinem Arbeitnehmer die Baustelle anschauen und sich dort über den Arbeitsfortschritt bzw die Arbeitsgrundlagen informieren wollen. Am 25.02. habe er die ZKO-Meldung erstattet und diese in Kopie der Finanzpolizei geschickt. Auf der betreffenden Baustelle hätten lediglich Herr AT und er gearbeitet. Am Tag der Kontrolle hätten sie auf der Baustelle auch keine Arbeiten zu erledigen gehabt und sich nur die Baustelle angeschaut. Dies sei auch der Grund gewesen, dass sie keine Lohnunterlagen mitgeführt hätten. Auf der Baustelle hätten sie in der Folge ab 25.02.2016 drei Wochen gearbeitet und nach einer Unterbrechung noch einmal drei Wochen.

Das Landesverwaltungsgericht Salzburg hat hierzu erwogen:

Der Beschuldigte ist Inhaber des Einzelunternehmens AB AA (Gewerbeberechtigung für Parkettleger, Fliesen-, Platten- und Mosaikleger) mit Betriebssitz in Deutschland, AD, AE. Der Beschuldigte ist Inhaber des Einzelunternehmens Ausschussbericht AA (Gewerbeberechtigung für Parkettleger, Fliesen-, Platten- und Mosaikleger) mit Betriebssitz in Deutschland, AD, AE.

Am 24.02.2016, 09:35 Uhr, kontrollierte die Finanzpolizei den Beschuldigten im Gebiet der Stadt Salzburg, Münchner Bundesstraße, unmittelbar nachdem er in Begleitung eines Arbeitnehmers (AU AT, geb. AV) von Deutschland nach Österreich eingereist war. Beide waren damals Richtung AY unterwegs, wo der Beschuldigte einen Auftrag zum Verfliesen von fünf Bädern auf einer Baustelle der AW (AY, AZ 6 und 6a) übernommen hatte. Der Beschuldigte legte der Finanzpolizei ein Sozialversicherungsdokument A1 vor. Auf die Frage zu den Lohnunterlagen bzw einer ZKO-Meldung gab er an, dass er diese nicht mitführe und eine ZKO-Meldung noch nicht erstattet habe. Die ZKO-Meldung werde er unverzüglich nachholen. Man habe heute nicht vor zu arbeiten, sondern wolle sich lediglich die Baustelle in AY anschauen.

Die Arbeiten auf der genannten Baustelle wurden in der Folge am 25.04.2016 aufgenommen.

Somit war festzuhalten, dass der Beschuldigte zum Zeitpunkt der Kontrolle weder für seinen Arbeitnehmer eine Meldung der Entsendung nach § 7b Abs 3 AVRAG vorgenommen, noch die Lohnunterlagen gemäß § 7d Abs 1 AVRAG bereitgehalten hatte. Somit war festzuhalten, dass der Beschuldigte zum Zeitpunkt der Kontrolle weder für seinen Arbeitnehmer eine Meldung der Entsendung nach Paragraph 7 b, Absatz 3, AVRAG vorgenommen, noch die Lohnunterlagen gemäß Paragraph 7 d, Absatz eins, AVRAG bereitgehalten hatte.

Dieser Sachverhalt war aufgrund der unstrittigen Aktenlage in Verbindung mit den unstrittigen Angaben der Verfahrensparteien in der mündlichen Beschwerdeverhandlung als erwiesen anzusehen.

Rechtslage:

Die maßgeblichen Bestimmungen des Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetzes -AVRAG, BGBl Nr 459/1993, idF lauten (Hervorhebungen durch das erkennende Gericht): Die maßgeblichen Bestimmungen des Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetzes -AVRAG, Bundesgesetzblatt Nr 459 aus 1993,, in der Fassung Bundesgesetzblatt Teil eins, Nr 152 aus 2015, lauten (Hervorhebungen durch das erkennende Gericht):

Ansprüche gegen ausländische Arbeitgeber/innen mit Sitz in einem EU- oder EWR-Mitgliedstaat

§ 7b. Paragraph 7 b,

1. (1) Absatz eins, Ein/e Arbeitnehmer/in, der/die von einem/einer Arbeitgeber/in mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraumes als Österreich zur Erbringung einer Arbeitsleistung nach Österreich entsandt wird, hat unbeschadet des auf das Arbeitsverhältnis anzuwendenden Rechts für die Dauer der Entsendung zwingend Anspruch auf

1. 1. Ziffer eins

zumindest jenes gesetzliche, durch Verordnung festgelegte oder kollektivvertragliche Entgelt, das am Arbeitsort vergleichbaren Arbeitnehmern/Arbeitnehmerinnen von vergleichbaren Arbeitgebern/Arbeitgeberinnen gebührt (ausgenommen Beiträge nach § 6 BMSVG und Beiträge oder Prämien nach dem BPG); zumindest jenes gesetzliche, durch Verordnung festgelegte oder kollektivvertragliche Entgelt, das am Arbeitsort vergleichbaren Arbeitnehmern/Arbeitnehmerinnen von vergleichbaren Arbeitgebern/Arbeitgeberinnen gebührt (ausgenommen Beiträge nach Paragraph 6, BMSVG und Beiträge oder Prämien nach dem BPG);

2. 2. Ziffer 2

bezahlten Urlaub nach § 2 Urlaubsgesetz, sofern das Urlaubsausmaß nach den Rechtsvorschriften des Heimatstaates geringer ist; nach Beendigung der Entsendung behält dieser/diese Arbeitnehmer/in den der Dauer der Entsendung entsprechenden aliquoten Teil der Differenz zwischen dem nach österreichischem Recht höheren Urlaubsanspruch und dem Urlaubsanspruch, der ihm/ihr nach den Rechtsvorschriften des Heimatstaates zusteht; ausgenommen von dieser Urlaubsregelung sind Arbeitnehmer/innen, für die die Urlaubsregelung des BUAG gilt; bezahlten Urlaub nach Paragraph 2, Urlaubsgesetz, sofern das Urlaubsausmaß nach den Rechtsvorschriften des Heimatstaates geringer ist; nach Beendigung der Entsendung behält dieser/diese Arbeitnehmer/in den der Dauer der Entsendung entsprechenden aliquoten Teil der Differenz zwischen dem nach österreichischem Recht höheren Urlaubsanspruch und dem

Urlaubsanspruch, der ihm/ihr nach den Rechtsvorschriften des Heimatstaates zusteht; ausgenommen von dieser Urlaubsregelung sind Arbeitnehmer/innen, für die die Urlaubsregelung des BUAG gilt;

3. 3.Ziffer 3

die Einhaltung der kollektivvertraglich festgelegten Arbeitszeitregelungen;

4. 4.Ziffer 4

die Bereithaltung der Aufzeichnung im Sinne der Richtlinie des Rates über die Pflicht des Arbeitgebers zur Unterrichtung des Arbeitnehmers über die für seinen Arbeitsvertrag oder sein Arbeitsverhältnis geltenden Bedingungen (91/533/EWG) in Österreich durch den Arbeitgeber oder den mit der Ausübung des Weisungsrechts des Arbeitgebers gegenüber den entsandten Arbeitnehmern Beauftragten.

Ein/e Beschäftigter/in mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraumes als Österreich gilt hinsichtlich der an ihn/sie überlassenen Arbeitskräfte, die zu einer Arbeitsleistung nach Österreich entsandt werden, in Bezug auf die Abs. 3 bis 5 und 8, § 7d Abs. 1, § 7f Abs. 1 Z 3 sowie § 7i Abs. 1 und Abs. 4 Z 1 als Arbeitgeber/in. Sieht das nach Abs. 1 Z 1 anzuwendende Gesetz, der Kollektivvertrag oder die Verordnung Sonderzahlungen vor, hat der/die Arbeitgeber/in diese dem/der Arbeitnehmer/in aliquot für die jeweilige Lohnzahlungsperiode zusätzlich zum laufenden Entgelt (Fälligkeit) zu leisten. Ein/e Beschäftigter/in mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraumes als Österreich gilt hinsichtlich der an ihn/sie überlassenen Arbeitskräfte, die zu einer Arbeitsleistung nach Österreich entsandt werden, in Bezug auf die Absatz 3, bis 5 und 8, Paragraph 7 d, Absatz eins,, Paragraph 7 f, Absatz eins, Ziffer 3, sowie Paragraph 7 i, Absatz eins und Absatz 4, Ziffer eins, als Arbeitgeber/in. Sieht das nach Absatz eins, Ziffer eins, anzuwendende Gesetz, der Kollektivvertrag oder die Verordnung Sonderzahlungen vor, hat der/die Arbeitgeber/in diese dem/der Arbeitnehmer/in aliquot für die jeweilige Lohnzahlungsperiode zusätzlich zum laufenden Entgelt (Fälligkeit) zu leisten.

2. (1a) Absatz eins a,

3. (2) Absatz 2,....

4. (3) Absatz 3, Arbeitgeber/innen im Sinne des Abs. 1 haben die Beschäftigung von Arbeitnehmer/innen, die zur Erbringung einer Arbeitsleistung nach Österreich entsandt werden, spätestens eine Woche vor der jeweiligen Arbeitsaufnahme der Zentralen Koordinationsstelle für die Kontrolle der illegalen Beschäftigung nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz und dem Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz des Bundesministeriums für Finanzen zu melden und dem/der im Abs. 1 Z 4 bezeichneten Beauftragten, sofern nur ein/e Arbeitnehmer/in entsandt wird, diesem/dieser, die Meldung in Abschrift auszuhändigen oder in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen. Die Meldung hat ausschließlich automationsunterstützt über die elektronischen Formulare des Bundesministeriums für Finanzen zu erfolgen. Arbeitgeber/innen im Sinne des Absatz eins, haben die Beschäftigung von Arbeitnehmer/innen, die zur Erbringung einer Arbeitsleistung nach Österreich entsandt werden, spätestens eine Woche vor der jeweiligen Arbeitsaufnahme der Zentralen Koordinationsstelle für die Kontrolle der illegalen Beschäftigung nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz und dem Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz des Bundesministeriums für Finanzen zu melden und dem/der im Absatz eins, Ziffer 4, bezeichneten Beauftragten, sofern nur ein/e Arbeitnehmer/in entsandt wird, diesem/dieser, die Meldung in Abschrift auszuhändigen oder in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen. Die Meldung hat ausschließlich automationsunterstützt über die elektronischen Formulare des Bundesministeriums für Finanzen zu erfolgen.

5. (3a) Absatz 3 a,...

6. (4) Absatz 4,

7. (5) Absatz 5, Arbeitgeber/innen im Sinne des Abs. 1 haben, sofern für den/die entsandten Arbeitnehmer/innen in Österreich keine Sozialversicherungspflicht besteht, Unterlagen über die Anmeldung des Arbeitnehmers oder der Arbeitnehmerin zur Sozialversicherung (Sozialversicherungsdokument E 101 nach der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71, Sozialversicherungsdokument A 1 nach der Verordnung (EG) Nr. 883/04) sowie eine Abschrift der Meldung gemäß den Abs. 3 und 4 am Arbeits(Einsatz)ort im Inland bereitzuhalten oder diese den Organen der Abgabebehörden oder der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse unmittelbar vor Ort in elektronischer Form zugänglich zu machen. Sofern für die Beschäftigung der entsandten Arbeitnehmer/innen im Sitzstaat des/der Arbeitgebers/Arbeitgeberin eine behördliche Genehmigung erforderlich ist, ist auch die Genehmigung bereitzuhalten. Bei innerhalb eines Arbeitstages wechselnden Arbeits(Einsatz)orten sind die erforderlichen Unterlagen am ersten Arbeits(Einsatz)ort bereitzuhalten oder in elektronischer Form zugänglich zu machen. Ist

die Bereithaltung oder Zugänglichmachung der Unterlagen am Arbeits(Einsatz)ort nicht zumutbar, sind die Unterlagen jedenfalls im Inland bereitzuhalten und der Abgabenbehörde auf Verlangen nachweislich zu übermitteln, wobei die Unterlagen bis einschließlich des der Aufforderung zweitfolgenden Werktags abzusenden sind. Für die Übermittlung gebührt kein Ersatz der Aufwendungen. Arbeitgeber/innen im Sinne des Absatz eins, haben, sofern für den/die entsandten Arbeitnehmer/innen in Österreich keine Sozialversicherungspflicht besteht, Unterlagen über die Anmeldung des Arbeitnehmers oder der Arbeitnehmerin zur Sozialversicherung (Sozialversicherungsdokument E 101 nach der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71, Sozialversicherungsdokument A 1 nach der Verordnung (EG) Nr. 883/04) sowie eine Abschrift der Meldung gemäß den Absatz 3, und 4 am Arbeits(Einsatz)ort im Inland bereitzuhalten oder diese den Organen der Abgabebehörden oder der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse unmittelbar vor Ort in elektronischer Form zugänglich zu machen. Sofern für die Beschäftigung der entsandten Arbeitnehmer/innen im Sitzstaat des/der Arbeitgebers/Arbeitgeberin eine behördliche Genehmigung erforderlich ist, ist auch die Genehmigung bereitzuhalten. Bei innerhalb eines Arbeitstages wechselnden Arbeits(Einsatz)orten sind die erforderlichen Unterlagen am ersten Arbeits(Einsatz)ort bereitzuhalten oder in elektronischer Form zugänglich zu machen. Ist die Bereithaltung oder Zugänglichmachung der Unterlagen am Arbeits(Einsatz)ort nicht zumutbar, sind die Unterlagen jedenfalls im Inland bereitzuhalten und der Abgabenbehörde auf Verlangen nachweislich zu übermitteln, wobei die Unterlagen bis einschließlich des der Aufforderung zweitfolgenden Werktags abzusenden sind. Für die Übermittlung gebührt kein Ersatz der Aufwendungen.

8. (6)Absatz 6,

9. (7)Absatz 7,

10. (8)Absatz 8, Wer als Arbeitgeber/in im Sinne des Abs. 1 Wer als Arbeitgeber/in im Sinne des Absatz eins

1. 1. Ziffer eins

die Meldung oder die Meldung über nachträgliche Änderungen bei den Angaben (Änderungsmeldung) entgegen Abs. 3 nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig erstattet oder die Meldung oder die Meldung über nachträgliche Änderungen bei den Angaben (Änderungsmeldung) entgegen Absatz 3, nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig erstattet oder

2. 2. Ziffer 2

in der Meldung oder Änderungsmeldung nach Abs. 3 wissentlich unrichtige Angaben erstattet oder in der Meldung oder Änderungsmeldung nach Absatz 3, wissentlich unrichtige Angaben erstattet oder

3. 3. Ziffer 3

die erforderlichen Unterlagen entgegen Abs. 5 nicht bereithält oder den Organen der Abgabebehörden oder der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse vor Ort nicht unmittelbar zugänglich macht oder die erforderlichen Unterlagen entgegen Absatz 5, nicht bereithält oder den Organen der Abgabebehörden oder der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse vor Ort nicht unmittelbar zugänglich macht oder

4. 4. Ziffer 4

die erforderlichen Unterlagen entgegen Abs. 5 oder § 7h Abs. 2 nicht übermitteln die erforderlichen Unterlagen entgegen Absatz 5, oder Paragraph 7 h, Absatz 2, nicht übermitteln,

begeht eine Verwaltungsübertretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde für jede/n Arbeitnehmer/in mit Geldstrafe von 500 Euro bis 5 000 Euro, im Wiederholungsfall von 1 000 Euro bis 10 000 Euro zu bestrafen. Bei grenzüberschreitender Entsendung gilt die Verwaltungsübertretung als in dem Sprengel der Bezirksverwaltungsbehörde begangen, in dem der Arbeits(Einsatz)ort der nach Österreich entsandten Arbeitnehmer/innen liegt, bei wechselnden Arbeits(Einsatz)orten am Ort der Kontrolle

11. (9)Absatz 9,

Verpflichtung zur Bereithaltung von Lohnunterlagen

§ 7d. Paragraph 7 d,

1. (1) Absatz eins, Arbeitgeber/innen im Sinne der §§ 7, 7a Abs. 1 oder 7b Abs. 1 und 9 haben während des Zeitraums der Entsendung insgesamt (§ 7b Abs. 4 Z 6) den Arbeitsvertrag oder Dienstzettel (§ 7b Abs. 1 Z 4), Lohnzettel, Lohnzahlungsnachweise oder Banküberweisungsbelege, Lohnaufzeichnungen, Arbeitszeitaufzeichnungen und Unterlagen betreffend die Lohneinstufung zur Überprüfung des dem/der entsandten Arbeitnehmers/in für die Dauer der Beschäftigung nach den österreichischen Rechtsvorschriften gebührenden Entgelts in deutscher Sprache am Arbeits(Einsatz)ort bereitzuhalten, auch wenn die Beschäftigung des/der einzelnen Arbeitnehmers/in

in Österreich früher geendet hat. Bei innerhalb eines Arbeitstages wechselnden Arbeits(Einsatz)orten sind die Lohnunterlagen am ersten Arbeits(Einsatz)ort bereitzuhalten. Ist die Bereithaltung der Unterlagen am Arbeits(Einsatz)ort nicht zumutbar, sind die Unterlagen jedenfalls im Inland bereitzuhalten und der Abgabenbehörde auf Aufforderung nachweislich zu übermitteln, wobei die Unterlagen bis zum Ablauf des der Aufforderung zweitfolgenden Werktags abzusenden sind. Für die Übermittlung gebührt kein Ersatz der Aufwendungen.Arbeitgeber/innen im Sinne der Paragraphen 7, 7 a, Absatz eins, oder 7b Absatz eins, und 9 haben während des Zeitraums der Entsendung insgesamt (Paragraph 7 b, Absatz 4, Ziffer 6,) den Arbeitsvertrag oder Dienstzettel (Paragraph 7 b, Absatz eins, Ziffer 4,), Lohnzettel, Lohnzahlungsnachweise oder Banküberweisungsbelege, Lohnaufzeichnungen, Arbeitszeitaufzeichnungen und Unterlagen betreffend die Lohneinstufung zur Überprüfung des dem/der entsandten Arbeitnehmers/in für die Dauer der Beschäftigung nach den österreichischen Rechtsvorschriften gebührenden Entgelts in deutscher Sprache am Arbeits(Einsatz)ort bereitzuhalten, auch wenn die Beschäftigung des/der einzelnen Arbeitnehmers/in in Österreich früher geendet hat. Bei innerhalb eines Arbeitstages wechselnden Arbeits(Einsatz)orten sind die Lohnunterlagen am ersten Arbeits(Einsatz)ort bereitzuhalten. Ist die Bereithaltung der Unterlagen am Arbeits(Einsatz)ort nicht zumutbar, sind die Unterlagen jedenfalls im Inland bereitzuhalten und der Abgabenbehörde auf Aufforderung nachweislich zu übermitteln, wobei die Unterlagen bis zum Ablauf des der Aufforderung zweitfolgenden Werktags abzusenden sind. Für die Übermittlung gebührt kein Ersatz der Aufwendungen.

2. (2)Absatz 2,

Erhebungen der Abgabenbehörden

§ 7f.Paragraph 7 f,

1. (1)Absatz eins,Die Organe der Abgabenbehörden sind berechtigt, das Bereithalten der Unterlagen nach §§ 7b Abs. 5 und 7d zu überwachen sowie die zur Kontrolle des dem/der nicht dem ASVG unterliegenden Arbeitnehmer/in unter Beachtung der jeweiligen Einstufungskriterien zustehenden Entgelts im Sinne des § 7i Abs. 5 erforderlichen Erhebungen durchzuführen undDie Organe der Abgabenbehörden sind berechtigt, das Bereithalten der Unterlagen nach Paragraphen 7 b, Absatz 5, und 7d zu überwachen sowie die zur Kontrolle des dem/der nicht dem ASVG unterliegenden Arbeitnehmer/in unter Beachtung der jeweiligen Einstufungskriterien zustehenden Entgelts im Sinne des Paragraph 7 i, Absatz 5, erforderlichen Erhebungen durchzuführen und

1. 1.Ziffer eins

die Betriebsstätten, Betriebsräume und auswärtigen Arbeitsstätten oder Arbeitsstellen sowie die Aufenthaltsräume der Arbeitnehmer/innen ungehindert zu betreten und Wege zu befahren, auch wenn dies sonst der Allgemeinheit untersagt ist,

2. 2.Ziffer 2

von den dort angetroffenen Personen Auskünfte über alle für die Erhebung nach Abs. 1 maßgebenden Tatsachen zu verlangen, wenn Grund zur Annahme besteht, dass es sich bei diesen Personen um Arbeitgeber/innen oder um Arbeitnehmer/innen handelt, sowie von den dort angetroffenen Personen Auskünfte über alle für die Erhebung nach Absatz eins, maßgebenden Tatsachen zu verlangen, wenn Grund zur Annahme besteht, dass es sich bei diesen Personen um Arbeitgeber/innen oder um Arbeitnehmer/innen handelt, sowie

3. 3.Ziffer 3

in die zur Erhebung erforderlichen Unterlagen (§§ 7b Abs. 5 und 7d) Einsicht zu nehmen, Abschriften dieser Unterlagen anzufertigen und die Übermittlung von Unterlagen zu fordern, wobei die Unterlagen bis zum Ablauf des der Aufforderung zweitfolgenden Werktags abzusenden sind. Erfolgt bei innerhalb eines Arbeitstages wechselnden Arbeits(Einsatz)orten die Kontrolle nicht am ersten Arbeits(Einsatz)ort, sind die Unterlagen der Abgabenbehörde nachweislich zu übermitteln, wobei die Unterlagen bis zum Ablauf des der Aufforderung zweitfolgenden Werktags abzusenden sind. Für die Übermittlung gebührt kein Ersatz der Aufwendungen.in die zur Erhebung erforderlichen Unterlagen (Paragraphen 7 b, Absatz 5, und 7d) Einsicht zu nehmen, Abschriften dieser Unterlagen anzufertigen und die Übermittlung von Unterlagen zu fordern, wobei die Unterlagen bis zum Ablauf des der Aufforderung zweitfolgenden Werktags abzusenden sind. Erfolgt bei innerhalb eines Arbeitstages wechselnden Arbeits(Einsatz)orten die Kontrolle nicht am ersten Arbeits(Einsatz)ort, sind die Unterlagen der Abgabenbehörde nachweislich zu übermitteln, wobei die Unterlagen bis zum Ablauf des der Aufforderung zweitfolgenden Werktags abzusenden sind. Für die

Übermittlung gebührt kein Ersatz der Aufwendungen.

2. (2)Absatz 2,

Strafbestimmungen

§ 7i.Paragraph 7 i,

1. (1)Absatz eins, Wer die erforderlichen Unterlagen entgegen § 7d Abs. 1 oder § 7f Abs. 1 Z 3 nicht übermittelt, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde für jede/n Arbeitnehmer/in mit Geldstrafe von 500 Euro bis 5 000 Euro, im Wiederholungsfall von 1 000 Euro bis 10 000 Euro zu bestrafen. Ebenso ist zu bestrafen, wer entgegen § 7g Abs. 2 oder § 7h Abs. 2 die Unterlagen nicht übermittelt. Wer die erforderlichen Unterlagen entgegen Paragraph 7 d, Absatz eins, oder Paragraph 7 f, Absatz eins, Ziffer 3, nicht übermittelt, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde für jede/n Arbeitnehmer/in mit Geldstrafe von 500 Euro bis 5 000 Euro, im Wiederholungsfall von 1 000 Euro bis 10 000 Euro zu bestrafen. Ebenso ist zu bestrafen, wer entgegen Paragraph 7 g, Absatz 2, oder Paragraph 7 h, Absatz 2, die Unterlagen nicht übermittelt.
2. (2)Absatz 2,
3. (2a)Absatz 2 a,.....
4. (3)Absatz 3,.....
5. (4)Absatz 4, Wer als
 1. 1.Ziffer eins
Arbeitgeber/in im Sinne der §§ 7, 7a Abs. 1 oder 7b Abs. 1 und 9 entgegen § 7d die Lohnunterlagen nicht bereithält, oder Arbeitgeber/in im Sinne der Paragraphen 7,, 7a Absatz eins, oder 7b Absatz eins, und 9 entgegen Paragraph 7 d, die Lohnunterlagen nicht bereithält, oder
 2. 2.Ziffer 2
Überlasser/in im Falle einer grenzüberschreitenden Arbeitskräfteüberlassung nach Österreich entgegen § 7d Abs. 2 die Lohnunterlagen dem/der Beschäftigter/in nicht nachweislich bereitstellt, oder Überlasser/in im Falle einer grenzüberschreitenden Arbeitskräfteüberlassung nach Österreich entgegen Paragraph 7 d, Absatz 2, die Lohnunterlagen dem/der Beschäftigter/in nicht nachweislich bereitstellt, oder
 3. 3.Ziffer 3
Beschäftigter/in im Falle einer grenzüberschreitenden Arbeitskräfteüberlassung entgegen § 7d Abs. 2 die Lohnunterlagen nicht bereithält
Beschäftigter/in im Falle einer grenzüberschreitenden Arbeitskräfteüberlassung entgegen Paragraph 7 d, Absatz 2, die Lohnunterlagen nicht bereithält
begeht eine Verwaltungsübertretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde für jede/n Arbeitnehmer/in mit einer Geldstrafe von 1 000 Euro bis 10 000 Euro, im Wiederholungsfall von 2 000 Euro bis 20 000 Euro, sind mehr als drei Arbeitnehmer/innen betroffen, für jede/n Arbeitnehmer/in von 2 000 Euro bis 20 000 Euro, im Wiederholungsfall von 4 000 Euro bis 50 000 Euro zu bestrafen.
6. (5)Absatz 5,
7. (5a)Absatz 5 a,
8. (6)Absatz 6,.....
9. (7)Absatz 7,
10. (7a)Absatz 7 a,
11. (8)Absatz 8, Parteistellung in Verwaltungsstrafverfahren
 1. 1.Ziffer eins
nach Abs. 1 erster Satz, Abs. 2 und 4 und nach § 7b Abs. 8 hat die Abgabenbehörde, in den Fällen des Abs. 5 in Verbindung mit § 7e das Kompetenzzentrum LSDB, nach Absatz eins, erster Satz, Absatz 2, und 4 und nach Paragraph 7 b, Absatz 8, hat die Abgabenbehörde, in den Fällen des Absatz 5, in Verbindung mit Paragraph 7 e, das Kompetenzzentrum LSDB,
 2. 2.Ziffer 2
nach Abs. 5 in Verbindung mit § 7g und in den Fällen des Abs. 1 zweiter Satz und Abs. 3 hat der zuständige Träger der Krankenversicherung, nach Absatz 5, in Verbindung mit Paragraph 7 g und in den Fällen des Absatz eins, zweiter Satz und Absatz 3, hat der zuständige Träger der Krankenversicherung,
 3. 3.Ziffer 3
nach Abs. 1, 2a, 4 und 5 und nach § 7b Abs. 8 in Verbindung mit § 7h hat die Bauarbeiter-Urlaubs- und

Abfertigungskasse,nach Absatz eins, 2 a, 4, und 5 und nach Paragraph 7 b, Absatz 8, in Verbindung mit Paragraph 7 h, hat die Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse,

auch wenn die Anzeige nicht durch die in den Z 1 bis 3 genannten Einrichtungen erfolgt. Diese können gegen den Bescheid einer Verwaltungsbehörde Beschwerde beim Verwaltungsgericht und gegen das Erkenntnis oder den Beschluss eines Verwaltungsgerichts Revision beim Verwaltungsgerichtshof erheben.auch wenn die Anzeige nicht durch die in den Ziffer eins, bis 3 genannten Einrichtungen erfolgt. Diese können gegen den Bescheid einer Verwaltungsbehörde Beschwerde beim Verwaltungsgericht und gegen das Erkenntnis oder den Beschluss eines Verwaltungsgerichts Revision beim Verwaltungsgerichtshof erheben.

12. (9)Absatz 9,Bei grenzüberschreitender Entsendung oder Arbeitskräfteüberlassung gilt die Verwaltungsübertretung als in dem Sprengel der Bezirksverwaltungsbehörde begangen, in dem der Arbeits(Einsatz)ort der nach Österreich entsandten oder überlassenen Arbeitnehmer/innen liegt, bei wechselnden Arbeits(Einsatz)orten am Ort der Kontrolle.
13. (10)Absatz 10,Für die Beurteilung, ob ein Arbeitsverhältnis im Sinne dieses Bundesgesetzes vorliegt, ist der wahre wirtschaftliche Gehalt und nicht die äußere Erscheinungsform des Sachverhalts maßgebend.

Die maßgeblichen Bestimmungen des Verwaltungsstrafgesetzes 1991 - VStG lauten (Hervorhebungen durch das erkennende Gericht):

§ 27.Paragraph 27,

1. (1)Absatz eins,Örtlich zuständig ist die Behörde, in deren Sprengel die Verwaltungsübertretung begangen worden ist, auch wenn der zum Tatbestand gehörende Erfolg in einem anderen Sprengel eingetreten ist.
2. (2)Absatz 2,Ist danach die Zuständigkeit mehrerer Behörden begründet oder ist es ungewiß, in welchem Sprengel die Übertretung begangen worden ist, so ist die Behörde zuständig, die zuerst eine Verfolgungshandlung (§ 32 Abs. 2) vorgenommen hat.Ist danach die Zuständigkeit mehrerer Behörden begründet oder ist es ungewiß, in welchem Sprengel die Übertretung begangen worden ist, so ist die Behörde zuständig, die zuerst eine Verfolgungshandlung (Paragraph 32, Absatz 2,) vorgenommen hat.
3. (2a)Absatz 2 a,....

§ 6 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 - AVG lautet:Paragraph 6, Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 - AVG lautet:

§ 6.Paragraph 6,

1. (1)Absatz eins,Die Behörde hat ihre sachliche und örtliche Zuständigkeit von Amts wegen wahrzunehmen; langen bei ihr Anbringen ein, zu deren Behandlung sie nicht zuständig ist, so hat sie diese ohne unnötigen Aufschub auf Gefahr des Einschreiters an die zuständige Stelle weiterzuleiten oder den Einschreiter an diese zu weisen.
2. (2)Absatz 2,Durch Vereinbarung der Parteien kann die Zuständigkeit der Behörde weder begründet noch geändert werden.

Dem Beschuldigten wird gegenständlich zum Vorwurf gemacht, als Arbeitgeber mit Betriebssitz in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union die Entsendung eines Arbeitnehmers nach Österreich nicht im Sinne des § 7b Abs 3 AVRAG spätestens eine Woche vor Arbeitsaufnahme der Zentralen Koordinationsstelle für die Kontrolle der illegalen Beschäftigung nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz und dem Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz gemeldet zu haben und anlässlich der Kontrolle die Lohnunterlagen des Arbeitnehmers nicht im Sinne des § 7d Abs 1 AVRAG bereitgehalten zu haben. Dem Beschuldigten wird gegenständlich zum Vorwurf gemacht, als Arbeitgeber mit Betriebssitz in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union die Entsendung eines Arbeitnehmers nach Österreich nicht im Sinne des Paragraph 7 b, Absatz 3, AVRAG spätestens eine Woche vor Arbeitsaufnahme der Zentralen Koordinationsstelle für die Kontrolle der illegalen Beschäftigung nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz und dem Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz gemeldet zu haben und anlässlich der Kontrolle die Lohnunterlagen des Arbeitnehmers nicht im Sinne des Paragraph 7 d, Absatz eins, AVRAG bereitgehalten zu haben.

Der Rechtsansicht der Finanzpolizei, dass auch das Firmenfahrzeug während der Fahrt zur und von der Baustelle als Arbeits(Einsatz)ort im Sinn des AVRAG anzusehen sei (dies vorrangig deshalb, da auch für die Absolvierung der Wegstrecke das Arbeitszeitgesetz gelte und für die Arbeitnehmer ein Lohnanspruch- und [Sozial]versicherungsschutz bestehe) kann vom Verwaltungsgericht nicht gefolgt werden. Die Finanzpolizei hat in ihr Beschwerdevorbringen die §§ 7b Abs 8 letzter Satz und 7i Abs 9 AVRAG zumindest substantiell erkennbar nicht einfließen lassen. Würde man der

Rechtsansicht der Finanzpolizei folgen, ergäben sich für den 24.02.2016 drei Arbeits(Einsatz)orte. Nämlich das Firmenfahrzeug bei der Anfahrt zur Baustelle, der ortsfeste Einsatzort (dh die Baustelle) selbst und das Firmenfahrzeug bei der Rückfahrt. Dass jedenfalls die Baustelle, an der die Fliesenlegerarbeiten vom Unternehmen des Beschuldigten zu erbringen waren, als Arbeits(Einsatz)ort im Sinn des AVRAG anzusehen ist, kann ohne weitere Erläuterungen außer Streit gestellt werden. Die Annahme von wechselnden Arbeits(Einsatz)orten iS der §§ 7b Abs 8 und 7i Abs 9 AVRAG, bei welchen der Ort der Kontrolle als Tatort gilt, ist aber im Sachzusammenhang keineswegs nachvollziehbar. Der Rechtsansicht der Finanzpolizei, dass auch das Firmenfahrzeug während der Fahrt zur und von der Baustelle als Arbeits(Einsatz)ort im Sinn des AVRAG anzusehen sei (dies vorrangig deshalb, da auch für die Absolvierung der Wegstrecke das Arbeitszeitgesetz gelte und für die Arbeitnehmer ein Lohnanspruch- und [Sozial]versicherungsschutz bestehe) kann vom Verwaltungsgericht nicht gefolgt werden. Die Finanzpolizei hat in ihr Beschwerdevorbringen die Paragraphen 7 b, Absatz 8, letzter Satz und 7i Absatz 9, AVRAG zumindest substantiell erkennbar nicht einfließen lassen. Würde man der Rechtsansicht der Finanzpolizei folgen, ergäben sich für den 24.02.2016 drei Arbeits(Einsatz)orte. Nämlich das Firmenfahrzeug bei der Anfahrt zur Baustelle, der ortsfeste Einsatzort (dh die Baustelle) selbst und das Firmenfahrzeug bei der Rückfahrt. Dass jedenfalls die Baustelle, an der die Fliesenlegerarbeiten vom Unternehmen des Beschuldigten zu erbringen waren, als Arbeits(Einsatz)ort im Sinn des AVRAG anzusehen ist, kann ohne weitere Erläuterungen außer Streit gestellt werden. Die Annahme von wechselnden Arbeits(Einsatz)orten iS der Paragraphen 7 b, Absatz 8 und 7 i Absatz 9, AVRAG, bei welchen der Ort der Kontrolle als Tatort gilt, ist aber im Sachzusammenhang keineswegs nachvollziehbar.

Betreffend An- und Abfahrt ist in die Erwägungen einzubeziehen, dass diese von den entsendeten Arbeitnehmern eines Unternehmens zum ortsfesten Arbeits(Einsatz)ort, mag dies auch mit Firmenfahrzeugen erfolgen, weder arbeitsbezogen noch rechtlich zwingend gemeinsam vom Unternehmensstandort erfolgen muss. Dies etwa, wenn einzelnen Arbeitnehmern zugestanden wird, Firmenfahrzeuge zur Heimfahrt an die eigene Wohnadresse zu nutzen, ohne vor der An- oder Abfahrt zum Einsatzort mangels gegebener Notwendigkeit (Bei- oder Rückschaffung von Werkmaterial und/oder Werkzeugen bzw Maschinen) den Unternehmensstandort aufsuchen zu müssen. Für die hier vorgeworfenen Übertretungen lässt das AVRAG jedenfalls in diesem Zusammenhang explizite gesetzliche Anknüpfungspunkte, sei es konkret für die direkte Fahrt vom und zum Betriebsstandort, vermissen. Eine normative Vorgabe, einschlägige Unterlagen auch – bei mehr oder weniger "sternförmiger" Zu- und Abfahrt mehrerer Arbeitnehmer zum ortsfesten Einsatzort – in allen Firmenfahrzeugen mitzuführen, ist nicht zu erkennen. Das Gesetz geht vielmehr davon aus, dass der Arbeitgeber selbst oder eine von diesem beauftragte Person die Verpflichtung zur Bereithaltung bzw Zugänglichmachung verschiedener Unterlagen nach den §§ 7b Abs 5 und 7d Abs 1 AVRAG übernimmt und die Dokumente somit am Einsatzort für alle dort tätigen Arbeitnehmer und nicht bei jedem Arbeitnehmer gesondert im jeweiligen Kraftfahrzeug, mit dem die Anreise erfolgt, aufbewahrt werden. Betreffend An- und Abfahrt ist in die Erwägungen einzubeziehen, dass diese von den entsendeten Arbeitnehmern eines Unternehmens zum ortsfesten Arbeits(Einsatz)ort, mag dies auch mit Firmenfahrzeugen erfolgen, weder arbeitsbezogen noch rechtlich zwingend gemeinsam vom Unternehmensstandort erfolgen muss. Dies etwa, wenn einzelnen Arbeitnehmern zugestanden wird, Firmenfahrzeuge zur Heimfahrt an die eigene Wohnadresse zu nutzen, ohne vor der An- oder Abfahrt zum Einsatzort mangels gegebener Notwendigkeit (Bei- oder Rückschaffung von Werkmaterial und/oder Werkzeugen bzw Maschinen) den Unternehmensstandort aufsuchen zu müssen. Für die hier vorgeworfenen Übertretungen lässt das AVRAG jedenfalls in diesem Zusammenhang explizite gesetzliche Anknüpfungspunkte, sei es konkret für die direkte Fahrt vom und zum Betriebsstandort, vermissen. Eine normative Vorgabe, einschlägige Unterlagen auch – bei mehr oder weniger "sternförmiger" Zu- und Abfahrt mehrerer Arbeitnehmer zum ortsfesten Einsatzort – in allen Firmenfahrzeugen mitzuführen, ist nicht zu erkennen. Das Gesetz geht vielmehr davon aus, dass der Arbeitgeber selbst oder eine von diesem beauftragte Person die Verpflichtung zur Bereithaltung bzw Zugänglichmachung verschiedener Unterlagen nach den Paragraphen 7 b, Absatz 5 und 7 d Absatz eins, AVRAG übernimmt und die Dokumente somit am Einsatzort für alle dort tätigen Arbeitnehmer und nicht bei jedem Arbeitnehmer gesondert im jeweiligen Kraftfahrzeug, mit dem die Anreise erfolgt, aufbewahrt werden.

Der belangten Behörde ist nicht entgegenzutreten, wenn diese – nicht nur aufgrund des Umstandes, dass eine Beförderung von Gütern vorliegend nicht festgestellt wurde – als Grundlage der rechtlichen Beurteilung keine grenzüberschreitende Güterbeförderung annahm, bei der das Firmenfahrzeug als Arbeits(Einsatz)ort nach dem AVRAG angesehen werden kann. Selbst wenn der Beschuldigte am Tag der Kontrolle zu verarbeitendes Material und Werkzeug mitgeführt hätte, ginge dieser Transport nicht über eine bloße Hilfstätigkeit für das eigene Gewerbe hinaus.

Die Verwaltungsübertretungen des § 7b Abs 3 ([rechtzeitig] zu erstattende ZKO-Meldungen) und § 7d Abs 1 AVRAG (Bereithaltung von Lohnunterlagen am Arbeits (Einsatz)Ort oder unmittelbare Zugänglichmachung "vor Ort" in elektronischer Form) gelten gemäß § 7b Abs 8 letzter Satz und § 7i Abs 9 AVRAG als in dem Sprengel begangen, in dem der Arbeits(Einsatz)ort liegt. Bereits in diesem Zusammenhang normiert § 7b Abs 4 Z 8 AVRAG als Inhalt der ZKO-Meldung den "Ort (genaue Anschrift) der Beschäftigung in Österreich" und ggf "auch andere Einsatzorte in Österreich". Schon aus diesen Wortfolgen ist zweifelsfrei erkennbar, dass die Baustelle in AY (politischer Bezirk St. Johann im Pongau) als einziger Arbeits(Einsatz)ort in Österreich anzusehen ist. Kann doch naturgemäß einem Firmenfahrzeug auf dem Weg vom und zum Betriebsstandort gerade keine "genaue Anschrift" zugeordnet werden, zumal sich der Standort permanent verändert. Auch gebietet es § 7b Abs 8 Z 3 AVRAG die Unterlagen im Sinn des § 7b Abs 5 AVRAG "vor Ort" zumindest in elektronischer Form unmittelbar zugänglich zu machen. In der Zusammenschau mit den Ausführungen zu § 7b Abs 4 Z 8 AVRAG folgt aus der Regelungssystematik des § 7b AVRAG auch hier, dass sich das auf der Fahrt befindliche Firmenfahrzeug aufgrund der ständigen Positionsänderung nicht als (adressmäßig) näher eingrenzbarer "Ort" angesehen werden kann. Die Verwaltungsübertretungen des Paragraph 7 b, Absatz 3, ([rechtzeitig] zu erstattende ZKO-Meldungen) und Paragraph 7 d, Absatz eins, AVRAG (Bereithaltung von Lohnunterlagen am Arbeits (Einsatz)Ort oder unmittelbare Zugänglichmachung "vor Ort" in elektronischer Form) gelten gemäß Paragraph 7 b, Absatz 8, letzter Satz und Paragraph 7 i, Absatz 9, AVRAG als in dem Sprengel begangen, in dem der Arbeits(Einsatz)ort liegt. Bereits in diesem Zusammenhang normiert Paragraph 7 b, Absatz 4, Ziffer 8, AVRAG als Inhalt der ZKO-Meldung den "Ort (genaue Anschrift) der Beschäftigung in Österreich" und ggf "auch andere Einsatzorte in Österreich". Schon aus diesen Wortfolgen ist zweifelsfrei erkennbar, dass die Baustelle in AY (politischer Bezirk St. Johann im Pongau) als einziger Arbeits(Einsatz)ort in Österreich anzusehen ist. Kann doch naturgemäß einem Firmenfahrzeug auf dem Weg vom und zum Betriebsstandort gerade keine "genaue Anschrift" zugeordnet werden, zumal sich der Standort permanent verändert. Auch gebietet es Paragraph 7 b, Absatz 8, Ziffer 3, AVRAG die Unterlagen im Sinn des Paragraph 7 b, Absatz 5, AVRAG "vor Ort" zumindest in elektronischer Form unmittelbar zugänglich zu machen. In der Zusammenschau mit den Ausführungen zu Paragraph 7 b, Absatz 4, Ziffer 8, AVRAG folgt aus der Regelungssystematik des Paragraph 7 b, AVRAG auch hier, dass sich das auf der Fahrt befindliche Firmenfahrzeug aufgrund der ständigen Positionsänderung nicht als (adressmäßig) näher eingrenzbarer "Ort" angesehen werden kann.

Zumal somit im Tatzusammenhang lediglich "ein" Arbeits(Einsatz)ort vorliegt - und daher für den 24.02.2016 kein Wechsel zwischen mehreren Arbeits(Einsatz)orten zugrunde zu legen ist - kann gemäß § 7b Abs 8 Z 1 iVm Abs 8 letzter Satz AVRAG die vorgeworfene Übertretung nicht am Ort der Kontrolle, stattgefunden im politischen Bezirk Salzburg-Stadt, erfolgt sein. Gleiches gilt für die vorgeworfene Übertretung der §§ 7d Abs 1 iVm 7i Abs 4 Z 1 und 7i Abs 9 AVRAG, welcher eine ebensolche "Tatortfiktion" aufstellt (VwGH 08.09.2016, Ra 2014/11/0083). Zumal somit im Tatzusammenhang lediglich "ein" Arbeits(Einsatz)ort vorliegt - und daher für den 24.02.2016 kein Wechsel zwischen mehreren Arbeits(Einsatz)orten zugrunde zu legen ist - kann gemäß Paragraph 7 b, Absatz 8, Ziffer eins, in Verbindung mit Absatz 8, letzter Satz AVRAG die vorgeworfene Übertretung nicht am Ort der Kontrolle, stattgefunden im politischen Bezirk Salzburg-Stadt, erfolgt sein. Gleiches gilt für die vorgeworfene Übertretung der Paragraphen 7 d, Absatz eins, in Verbindung mit 7i Absatz 4, Ziffer eins und 7 i Absatz 9, AVRAG, welcher eine ebensolche "Tatortfiktion" aufstellt (VwGH 08.09.2016, Ra 2014/11/0083).

Der VwGH führt zudem in seinem Erkenntnis vom 06.03.2014, 2013/11/0143, unter Punkt "2.2.2.2." wörtlich aus (Hervorhebungen durch das erkennende Gericht):

"Gemäß dem Urteil des EuGH vom 23. November 1999, C-369/96 und C- 376/96 (Arblade und Leloup), "können es die Erfordernisse einer effektiven Kontrolle durch die Behörden des Aufnahmemitgliedstaates rechtfertigen, dass ein in einem anderen Mitgliedstaat ansässiger Arbeitgeber, der Dienstleistungen im Aufnahmemitgliedstaat erbringt, verpflichtet wird, bestimmte Unterlagen auf der Baustelle oder zumindest an einem zugänglichen und klar bezeichneten Ort im Hoheitsgebiet des Aufnahmemitgliedstaates für diese Behörden bereit zu halten. Das nationale Gericht hat unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zu prüfen, für welche Unterlagen eine solche Verpflichtung gelten muss" (Rz 74, 75). Ebenso schließen es nach diesem Urteil die Art. 59 und 60 des EG-Vertrages (nunmehr: Art. 49 und 50 AEUV) nicht aus, dass ein Mitgliedstaat ein Unternehmen, das in einem anderen Mitgliedstaat ansässig ist und vorübergehend Arbeiten im ersten Staat ausführt, verpflichtet, während des Zeitraums der Betätigung im Hoheitsgebiet des ersten Mitgliedstaats Personal- und Arbeitsunterlagen auf der Baustelle oder an einem anderen zugänglichen und klar bezeichneten Ort im Hoheitsgebiet dieses Staates bereitzuhalten, wenn diese

Maßnahme erforderlich ist, um ihm eine effektive Kontrolle der Beachtung seiner durch die Wahrung des sozialen Schutzes der Arbeitnehmer gerechtfertigten Regelung zu ermöglichen." "Gemäß dem Urteil des EuGH vom 23. November 1999, C-369/96 und C-376/96 (Arblade und Leloup), "können es die Erfordernisse einer effektiven Kontrolle durch die Behörden des Aufnahmemitgliedstaates rechtfertigen, dass ein in einem anderen Mitgliedstaat ansässiger Arbeitgeber, der Dienstleistungen im Aufnahmemitgliedstaat erbringt, verpflichtet wird, bestimmte Unterlagen auf der Baustelle oder zumindest an einem zugänglichen und klar bezeichneten Ort im Hoheitsgebiet des Aufnahmemitgliedstaates für diese Behörden bereit zu halten. Das nationale Gericht hat unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zu prüfen, für welche Unterlagen eine solche Verpflichtung gelten muss" (Rz 74, 75). Ebenso schließen es nach diesem Urteil die Artikel 59 und 60 des EG-Vertrages (nunmehr: Artikel 49 und 50 AEUV) nicht aus, dass ein Mitgliedstaat ein Unternehmen, das in einem anderen Mitgliedstaat ansässig ist und vorübergehend Arbeiten im ersten Staat ausführt, verpflichtet, während des Zeitraums der Betätigung im Hoheitsgebiet des ersten Mitgliedstaats Personal- und Arbeitsunterlagen auf der Baustelle oder an einem anderen zugänglichen und klar bezeichneten Ort im Hoheitsgebiet dieses Staates bereitzuhalten, wenn diese Maßnahme erforderlich ist, um ihm eine effektive Kontrolle der Beachtung seiner durch die Wahrung des sozialen Schutzes der Arbeitnehmer gerechtfertigten Regelung zu ermöglichen."

Der erstgereehte Ort einer "effektiven Kontrolle" ist daher die regelmäßig ortsfeste "Baustelle", hier also in AY. Als (sinngemäße) Alternative könnte lediglich ein "zugänglicher und klar bezeichneter Ort" im Inland angesehen werden. Dass ein auf dem Hin- und Rückweg zwischen Betriebsstandort und Baustelle befindliches Firmenfahrzeug weder "zugänglich" ist, noch sich an einem "klar bezeichneten Ort" befindet, bedarf wiederum keiner ergänzenden Erörterung.

Zusammengefasst kann somit dem Beschwerdevorbringen der Finanzpolizei, wonach auch das Firmenfahrzeug auf dem Weg zum und vom eigentlichen Einsatzort als "Arbeits(Einsatz)ort" im Sinn des AVRAG anzusehen ist, nicht gefolgt werden. Die Rechtsgrundlagen der beschwerdegegenständlichen Tatvorwürfe stellen allesamt auf die Tätigkeit und Kontrolle von entsandten Arbeitnehmern unmittelbar am Arbeits(Einsatz)"ort" ab. Dass demgegenüber etwa gemäß § 7b Abs 1 AVRAG "für die Dauer der Entsendung" und zwar hier "für die in Österreich verbrachte Arbeitszeit" ein Anspruch auf kollektivvertragliche Entlohnung besteht, in welchen ggf auch die An- und Abfahrt zum und vom Arbeits(Einsatz)ort einzubeziehen ist (VwGH 30.06.2016, Ra 2014/11/0074; 26.02.2015, Ra 2015/11/0008), kann zu keinem anderen rechtlichen Ergebnis führen. Zusammengefasst kann somit dem Beschwerdevorbringen der Finanzpolizei, wonach auch das Firmenfahrzeug auf dem Weg zum und vom eigentlichen Einsatzort als "Arbeits(Einsatz)ort" im Sinn des AVRAG anzusehen ist, nicht gefolgt werden. Die Rechtsgrundlagen der beschwerdegegenständlichen Tatvorwürfe stellen allesamt auf die Tätigkeit und Kontrolle von entsandten Arbeitnehmern unmittelbar am Arbeits(Einsatz)"ort" ab. Dass demgegenüber etwa gemäß Paragraph 7 b, Absatz eins, AVRAG "für die Dauer der Entsendung" und zwar hier "für die in Österreich verbrachte Arbeitszeit" ein Anspruch auf kollektivvertragliche Entlohnung besteht, in welchen ggf auch die An- und Abfahrt zum und vom Arbeits(Einsatz)ort einzubeziehen ist (VwGH 30.06.2016, Ra 2014/11/0074; 26.02.2015, Ra 2015/11/0008), kann zu keinem anderen rechtlichen Ergebnis führen.

Der Arbeits(Einsatz)"ort" des Arbeitnehmers war somit fallgegenständlich im örtlichen Zuständigkeitsbereich der Bezirkshauptmannschaft St. Johann im Pongau und nicht des Bürgermeisters der Stadt Salzburg gelegen. Die hier beschwerdegegenständlichen Straferkenntnisse wurden somit von einer im Sinn der §§ 7b Abs 8 letzter Satz und 7i Abs 9 AVRAG iVm § 27 Abs 1 VStG örtlich unzuständigen Behörde erlassen und waren daher aufzuheben. Dies zumal es, wie oben dargelegt, im Sinn des § 27 Abs 2 VStG auch nicht als "ungewiss" angesehen werden konnte, in welchem Behördensprengel die vorgeworfenen Übertretungen begangen wurden. Der Arbeits(Einsatz)"ort" des Arbeitnehmers war somit fallgegenständlich im örtlichen Zuständigkeitsbereich der Bezirkshauptmannschaft St. Johann im Pongau und nicht des Bürgermeisters der Stadt Salzburg gelegen. Die hier beschwerdegegenständlichen Straferkenntnisse wurden somit von einer im Sinn der Paragraphen 7 b, Absatz 8, letzter Satz und 7i Absatz 9, AVRAG in Verbindung mit Paragraph 27, Absatz eins, VStG örtlich unzuständigen Behörde erlassen und waren daher aufzuheben. Dies zumal es, wie oben dargelegt, im Sinn des Paragraph 27, Absatz 2, VStG auch nicht als "ungewiss" angesehen werden konnte, in welchem Behördensprengel die vorgeworfenen Übertretungen begangen wurden.

Mangels Zuständigkeit war die belangte Behörde auch nicht befugt die zugrunde liegenden Verfahren einzustellen, sondern hätte sie die Anzeigen gemäß § 27 VStG und § 6 AVG an die örtlich zuständige Bezirkshauptmannschaft St.

Johann im Pongau weiterzuleiten gehabt. Diese wird im fortgesetzten Verfahren die Begehung der angelasteten Übertretungen neuerlich zu prüfen haben. Sollte sich die Notwendigkeit einer Abänderung des Tatvorwurfes ergeben, wird auf die offene Frist der Verfolgungsverjährung (ein Jahr ab Tatbegehung gemäß § 31 Abs 1 VStG) hingewiesen. Mangels Zuständigkeit war die belangte Behörde auch nicht befugt die zugrunde liegenden Verfahren einzustellen, sondern hätte sie die Anzeigen gemäß Paragraph 27, VStG und Paragraph 6, AVG an die örtlich zuständige Bezirkshauptmannschaft St. Johann im Pongau weiterzuleiten gehabt. Diese wird im fortgesetzten Verfahren die Begehung der angelasteten Übertretungen neuerlich zu prüfen haben. Sollte sich die Notwendigkeit einer Abänderung des Tatvorwurfes ergeben, wird auf die offene Frist der Verfolgungsverjährung (ein Jahr ab Tatbegehung gemäß Paragraph 31, Absatz eins, VStG) hingewiesen.

Zur Unzulässigkeit der ordentlichen Revision:

Die ordentliche Revision ist nicht zulässig, da keine Rechtsfrage im Sinne des Art 133 Abs 4 B-VG zu beurteilen war, der grundsätzliche Bedeutung zukommt. Die gegenständliche Entscheidung weicht von der bisherigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes weder ab, noch fehlt es an einer Rechtsprechung. Diese ist auch nicht als uneinheitlich zu beurteilen. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird auf die in Punkt "4. Erwägungen" angeführten Judikaturzitate verwiesen. Vor allem aber gilt es hervorzuheben, dass sowohl die ausreichend klaren normativen Vorgaben wie auch die Gesetzssystematik als Ganzes keine maßgeblichen Ansatzpunkte für eine gegenteilige Entscheidungsfindung eröffnen. Ebenfalls liegen keine sonstigen Hinweise auf eine grundsätzliche Bedeutung der zu lösenden Rechtsfrage vor. Die ordentliche Revision ist nicht zulässig, da keine Rechtsfrage im Sinne des Artikel 133, Absatz 4, B-VG zu beurteilen war, der grundsätzliche Bedeutung zukommt. Die gegenständliche Entscheidung weicht von der bisherigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes weder ab, noch fehlt es an einer Rechtsprechung. Diese ist auch nicht als uneinheitlich zu beurteilen. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird auf die in Punkt "4. Erwägungen" angeführten Judikaturzitate verwiesen. Vor allem aber gilt es hervorzuheben, dass sowohl die ausreichend klaren normativen Vorgaben wie auch die Gesetzssystematik als Ganzes keine maßgeblichen Ansatzpunkte für eine gegenteilige Entscheidungsfindung eröffnen. Ebenfalls liegen keine sonstigen Hinweise auf eine grundsätzliche Bedeutung der zu lösenden Rechtsfrage vor.

Schlagworte

Tatort, Zuständigkeit, Anfahrt, Entsendemeldung, Lohnunterlagen, Einsatzort

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:LVWGSA:2016:405.7.87.1.6.2016..405.7.87.1.6.2016

Zuletzt aktualisiert am

31.01.2017

Quelle: Landesverwaltungsgericht Salzburg LVwg Salzburg, <https://www.salzburg.gv.at/lvwg>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at